

# Zurück in alter Stärke

**EDU im Kanton Bern** Die christliche Kleinpartei EDU hat schwierige Jahre hinter sich. Nun kam es zur Trendwende. Einblick in eine Partei, die oft unter dem Radar bleibt.

Stephanie Jungo

Er ist der Kopf hinter dem Erfolg. Samuel Kullmann – lockige dunkle Haare, Kleider in Blautönen, das Hemd ordentlich in die Hose gesteckt – sitzt für die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) im Grossen Rat und arbeitet für die Partei. Spricht man mit einem EDU-Mitglied, fällt früher oder später sein Name.

Die EDU hat sich im Kanton Bern spätestens in den Neunzigerjahren als marginale Partei etabliert. Mitte der Nullerjahre setzte ein Tief ein, das nun überwunden scheint. Die EDU konnte die Wähleranteile steigern, einige Ortssektionen sprechen von einem Mitgliederzuwachs.

Es gebe mehrere Gründe für die jüngsten Erfolge, sagt Kullmann. Der Hauptgrund ist für ihn schnell ausgemacht: «Die klare Positionierung während der Corona-Zeit.»

Rückblick. März 2022. Soeben hat der Bundesrat die letzten Corona-Massnahmen aufgehoben. Der Kanton Bern wählt sein Parlament, und die EDU legt erstmals seit 2006 wieder zu. Sieben Sitze holt sie im Grossen Rat – so viele wie noch nie.

«Die Grossratswahlen waren die Trendwende», sagt Kullmann. Gute Voraussetzungen also für die nationalen Wahlen, die EDU steigerte den Wähleranteil schliesslich von 2,5 auf 3,9 Prozent.

«Die EDU hat sich klarer als jede andere Partei gegen das Covid-Gesetz ausgesprochen», sagt Kullmann. Damit habe es weniger Konflikte mit der Basis gegeben, wie es etwa bei der SVP war.

Die EDU steht staatlichen Eingriffen skeptisch gegenüber. Um das zu verstehen, lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit.

## Die Entstehung

Entstanden ist die EDU in den Siebzigerjahren. Damals wurde das Verhältnis zum Staat neu ausgehandelt. Teile der Gesellschaft betrachteten staatliche Institutionen als Garanten für Freiheitsrechte, andere wollten deren Einfluss zurückdrängen.

Die EDU verschiebte sich damals den Werten Solidarität, Souveränität und Legitimität. Sie stellte sich gegen klassenkämpferische Tendenzen und staatliche Eingriffe. Mobilisieren konnte sie in einem Milieu, das die Ökumene ablehnte und die Abschaffung des Jesuitenverbots als Bruch der Verfassung sah.

Andere Mitglieder stammten aus der Antiüberfremdungsbewegung. Während es im Kanton Zürich zu einer Annäherung an den rechten Rand kam, stärkte der Berner Parteiflügel das protestantisch-religiöse Profil. Eine der treibenden Kräfte in der Partei war der Berner Werner Scherrer.

In den Neunzigerjahren erlebte die EDU einen Aufschwung und baute ihre organisatorischen Strukturen aus. Im Kanton Bern erreichte sie erstmals Wähleranteile von über vier Prozent, Scherrer zog als erster EDU-Politiker in den Nationalrat ein.

## Das Urgestein

Johann Ulrich Grädel aus Huttwil ist quasi von Anfang an da-



Nationalrat Andreas Gafner schaffte im Herbst die Wiederwahl in den Nationalrat. Foto: Christian Pfander

bei. Er hat die Zeit von Werner Scherrer miterlebt, selbst eine Ortssektion gegründet und sagt: «Entweder politisiert man, oder man wird politisiert.» Heute ist er Grossrat, sein Sohn sitzt für die EDU im Huttwiler Gemeinderat.

Die Kernwerte der EDU seien in dieser Zeit stets dieselben geblieben, erzählt Grädel am Telefon. «Unsere Richtschnur ist der Glaube. Die christlichen Werte sind zeitlos.» Zentral sei die Familie – die kleinste Zelle der Gesellschaft. Grädel zitiert dazu Gotthelf: «Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.»

Auch er ist davon überzeugt, dass die Positionierung während der Corona-Pandemie der EDU Aufwind gegeben habe. «Die Leute haben gesehen, dass wir uns für die Freiheit einsetzen.»

## Die Freiheit

Freiheit. Der Begriff fällt in Gesprächen mit EDU-Mitgliedern immer wieder. Dabei geht es nicht nur um Eingriffe in die persönliche Freiheit, sondern auch um Souveränität gegenüber dem Ausland. Die EDU wehrt sich gegen eine Annäherung an die EU und bekämpfte auch den UNO-Beitritt der Schweiz. Auch Samuel Kullmann bemüht den Begriff

häufig. Er sagt: «Die Politik soll sich nicht zu fest in Entscheidungen einmischen.» Er habe gewisse Sympathien für den Liberalismus.

Das äussert sich beispielsweise in seinem Interesse für die Kryptowährung Bitcoin. «Bitcoin bietet acht Milliarden Menschen Eigentumsrechte, die ihnen weder durch Inflation noch Konfiszierung genommen werden können, egal in welchem Land sie leben.»

Solche Überlegungen ziehen sich durch sein ganzes Denken: «Für mich stellt sich stets die Frage, wie man ein gesellschaftliches Leben ohne grosse Eingriffe des Staates organisieren kann.»

## Der Schattenstaat

Johann Ulrich Grädel nimmt diesen Faden auf: «Je sozialer der Staat, desto egoistischer der Mensch.» Wenn alle mehr zueinander schauen würden, bräuhete es auch weniger Staat.

Es ist eine Haltung, die die EDU von Anfang an vertritt. Gefragt nach Veränderungen der Partei, nennt Grädel den Stil.

Werner Scherrer und seine Mitstreiter seien Pioniere gewesen – und Draufgänger. «Sie standen für ihre Überzeugung ein und haben eine Partei ge-

gründet, die ihren Grundsätzen immer treu geblieben ist.» Heute sei die EDU konzilianter und vielfältiger. «Wir arbeiten vermehrt mit verschiedenen Parteien zusammen.» Auch habe man mehr Sitze im Grossen Rat, womit das Meinungsspektrum automatisch breiter werde.

## Die Erneuerin

Für einen neuen Stil will sich auch Krista Baier einsetzen. Sie ist Präsidentin der Stadtberner EDU-Sektion, die sich kürzlich wieder formiert hat. Ausgesucht habe sie es sich nicht, in der EDU tätig zu sein, sagt Baier.

Sie sei 2021, im Hinblick auf die Grossratswahlen, von verschiedenen Personen angefragt worden. «Ich vertraue auf Gott, dass er mir aus gutem Grund diese Aufgabe zugetragen hat.»

Die Anfrage für das Präsidium kam von Samuel Kullmann. Sie hätten sich über einen Artikel unterhalten, der nach dem vorläufigen Ende der Stadtberner Sektion im «Bund» erschienen ist. «Rückzug aus der immer gottloseren Stadt», titelte die Zeitung 2021. Das habe ihr zu denken gegeben. «Ich habe mir dann gesagt: Gott kommt wieder zurück in die Stadt.»

«Die EDU darf von der Selbstgerechtigkeit wegkommen», sagt

Baier. Sie hadere mit einem zum Teil strafenden Verständnis vom Glauben, dem es an Reflexion und Achtsamkeit mangle. «Das schreckt die Menschen ab.» In Bern pflege man deshalb einen anderen Stil. «Wir wollen vorbildlich sein in der Nächstenliebe.»

Konkrete Fragen zu ihrer politischen Haltung beantwortet Baier ausweichend. «Man kann nicht über alles erhaben sein», sagt sie dazu. Sie respektiere und schätze jeden Menschen, sehe sich selbst aber nicht in der Position, zu allem die richtige Meinung zu haben. «Ich betrachte mich eher als Vermittlerin der Liebe.» Dabei suche sie gerne das Gespräch mit ihren Parteikollegen und unterstütze sie auch mal darin, die richtigen Worte zu finden.

## Die Politik

Die EDU setzt sich national für eine restriktive Migrationspolitik ein, verfolgt in der Aussenpolitik einen isolationistischen Kurs und vertritt gesellschaftspolitisch konservative Standpunkte.

Hans-Peter Schaub von Année Politique Suisse verortet die EDU ganz klar im rechten Lager. Das zeige etwa der Smartspider der Partei. «Es gibt starke Ähnlichkeiten zur SVP, aber auch inter-

essante Unterschiede.» So sei die EDU eher noch skeptischer gegenüber Staat und Eliten.

Die Nationalräte der EDU sind Teil der SVP-Fraktion. Auf lokaler Ebene arbeitet die EDU aber auch mit der EVP zusammen. Samuel Kullmann verortet die EDU im konservativen Spektrum. Zentral sei aber etwas anderes: «Der Glaube ist der Leim, der uns zusammenhält.»

Die starke biblische Verankerung erweise sich als Vor- und Nachteil. Einerseits beschränke der Glaube das Mobilisierungspotenzial. «Wer nichts mit Religion am Hut hat, wählt die EDU kaum.»

Andererseits schaffe der Glaube eine gemeinsame Grundlage. Etwas, das anderen Parteien fehle. Schaub führt als Beispiel die Auto-Partei und die Schweizer Demokraten an.

Als in den Neunzigerjahren die SVP aufstieg, versanken die beiden rechtspopulistischen Parteien in die Bedeutungslosigkeit. Das sei der EDU wegen ihrer Verankerung in einem festen Milieu erspart geblieben.

## Der Glaube

Was der Glaube für einen Stellenwert einnimmt, zeigt ein Besuch bei der EDU in Biel. Die Ortssektion hat sich in einer Freikirche zu einem Jahresabschlussessen getroffen. Nach dem Spaghettiplausch haben sich die Männer und Frauen in mehrere Gebetskreise aufgeteilt.

Anschließend sitzen sie bei Schwarzwäldertorte und Kaffee zusammen. Sie erklären, worum es bei der EDU geht: den Glauben an den einzigen Schöpfer, Jesus und die Bibel.

«Der Glaube gehört in die Politik», sagt Martin Wüthrich, Präsident der Bieler Sektion. «Unsere politischen Bemühungen sind vom biblischen Verständnis hergeleitet, um das Wohl der Bürger zu fördern.»

Der Glaube schaffe eine gemeinsame Grundlage, ergänzt Ruedi Oppliger. «Es können nicht immer alle die gleiche Meinung haben. Aber weil Gott im Mittelpunkt steht, halten wir trotzdem zusammen.»

## Die Krisen

Für die EDU-Mitglieder in Biel ist klar: Der Schöpfer steht an erster Stelle. Dann folgen die biblischen Werte, die Familie, die Gemeinde und erst dann der Staat. Der Staat, wie ihn die Vorfahren aufgebaut hätten, solle Schutz und Sicherheit bieten, woraus eine gesunde Gesellschaft entstehen könne.

Dazu hätten die Eidgenossen auf Gott geschworen. Nur daraus könne etwas Gutes und Gesundes heranwachsen, sind die Männer und Frauen am Tisch überzeugt. «Man kann nicht zwei Herren dienen.» Lieber wären die Eidgenossen gestorben, als unterjocht zu sein.

Leider gebe es jedoch Strömungen in der Gesellschaft, die auf einen falschen Weg führen würden. Dies verursache Krisen und Probleme, die einige wiederum zu Gott führen würden, da sie Halt suchten – was sich dann auch in den Wahlergebnissen gezeigt habe.



Budgetdebatte im Grossen Rat: Samuel Kullmann. Foto: Raphael Moser

«Die Politik soll sich nicht zu fest in Entscheidungen einmischen.»

Samuel Kullmann  
EDU-Grossrat



Grossrat Johann Ulrich  
Grädel. Archivfoto: Olaf Nörrenberg